

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellszelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonellszelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Die Parteien und die Regierungserklärung.

Berlin, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, haben nach der gestrigen Reichstags-Sitzung die meisten Fraktionen sofort Besprechungen abgehalten. Die Demokraten haben beschlossen, die Deutsche Volkspartei auszufordern, die Regierung zu unterstützen. Das soll in der Form geschehen, daß sie ihre Zustimmung zu einer Erklärung gibt, in der die Parteien der Regierung ihre Unterstützung bei der Durchführung des Ultimatums zusagen. Die demokratische Fraktion nimmt an, daß die Deutsche Volkspartei dieser Aufforderung Folge leisten wird. Sollte die Deutsche Volkspartei wider Erwarten der Erklärung nicht zustimmen, so werden die Demokraten ihre Minister aus dem Kabinett zurückziehen. Innerhalb der Deutschen Volkspartei scheint die Stimmung noch nicht geklärt zu sein. Gestern in den Abendstunden schien es, als ob die größere Mehrheit durchaus nicht geneigt sei, dem Kabinett bei der Durchführung des Ultimatums seine Unterstützung zu geben. Die Tages Rundschau, das Organ der Deutschen Volkspartei, schweigt sich deshalb auch heute morgen völlig über den Inhalt der Programmrede von Wirth aus.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen tagten gleichfalls gestern abend, kamen aber zu keinem endgültigen Entschluß. Die drei Regierungsparteien werden heute vormittags um 12 Uhr eine Sitzung abhalten, in der sie die Formulierung der Erklärung vornehmen werden. Diese wird etwa den oben angebotenen Wortlaut haben. Dann wird man mit der Deutschen Volkspartei sowie mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Verbindung treten, um die parlamentarische Unterstützung des Kabinetts zu sichern.

Das Presse-Echo zu der Rede des Reichskanzlers Wirth ist im allgemeinen nicht ungünstig, wenn auch fast überall hervorgehoben wird, daß viele Unklarheiten in der Rede enthalten seien, vor allem in bezug auf die Steuerfragen. Das liegt aber daran, daß das Kabinett sich über die endgültige Durchführung der einzelnen Steuer- und sonstigen Finanzprojekte noch nicht einig ist.

Die Freiheit bemerkt zu der Rede des Reichskanzlers: Das Programm ist zwar recht umfangreich, aber nicht bestimmt und so klar, daß die Wünsche der Regierung daraus zweifellos hervorgehen. Es ist eben der deutsche Versuch einer schwachen Regierung, die aus Bürgerlichen und Sozialisten besteht, die Unterstützung mehrerer Seiten zu gewinnen, und spiegelt deshalb die im Kabinett herrschenden widersprechenden Ansichten und Interessen deutlich wider. Durchaus unzulänglich ist die Erklärung des Reichskanzlers über die politischen Absichten des Kabinetts. Von der Amnestie, die dem von dem vorigen Reichskanzler für die politische Verurteilung der Arbeiterklasse und der Verurteilung zu ihr zu betreiben, war ebenfalls die Rede, wie von der Aufhebung der Sondergerichte. Ueber den wirtschaftlichen Teil des Programms schreibt die Freiheit: Die Erklärung sagte über die entscheidenden Fragen der Beteiligung der Klassen auf die einzelnen Klassen der Bevölkerung manches treffende Wort, daß die bestehenden Klassen endlich ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend zu den Lasten beitragen müssen.

Bayerische Umgehungsmanöver.

Unzweideutige Erklärungen des englischen und französischen Botschafters in München.

München, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Mit der Abgabe der Regierungserklärung ist die Entwaffnungs-Krise in Bayern keineswegs gelöst. Herr v. Raab versucht jetzt, zwischen Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehre zu unterscheiden. Er steht auf dem Standpunkt, daß wenn die Entwaffnung durchgeführt ist (sie soll von der Einwohnerwehre selbst ausgeführt werden), die Auflösung der Einwohnerwehre nicht mehr notwendig sei. Die Einwohnerwehre glaube auch, daß durch Verhandlungen mit der Entente dieser Standpunkt durchgesetzt werden könnte, und sie arbeiten in der Zwischenzeit mit Hochdruck daran, die nicht angemeldeten Waffen, und das sind nahezu 150 000 Gewehre, eine große Anzahl Maschinen-Gewehre und Geschütze, nach dem bayerischen Oberland und womöglich über die Tiroler Grenze zu bringen. Aber auch diese letzte Hoffnung, daß man dann, wenn die Auflösung nicht notwendig wird, durch die geheimen, nicht angemeldeten Waffenlager die Einwohnerwehre immer noch retten könnte, ist jetzt geschwunden. Der britische Botschaftsrat und General-Konsul in München, Mr. Seeds, wurde am Mittwochnachmittag im Aufwesenheit des Ministerpräsidenten v. Raab von seinem Stellvertreter, dem Kultusminister Matt empfangen und erklärte auf Befehl seiner Regierung: „Ich wurde beauftragt, heute zu erklären, daß die Anwendung der Sanktionen nur vermieden werden kann, wenn von Bayern die in dem Ultimatum geforderten Bedingungen restlos erfüllt werden. Die Bedingungen enthalten, wie bekannt, die Forderung sowohl der Entwaffnung als der Auflösung der Einwohnerwehre.“

Wie die Münchner Neuesten Nachrichten hören, hat der französische Gesandte in München bereits am Montagnachmittag eine ähnliche Erklärung auf Befehl der französischen Regierung dem Ministerpräsidenten abgegeben, daß nämlich die

französische Regierung auf der strikten Durchführung des Ultimatums beharren wird.

Nun wird der eigentliche Kampf um die Einwohnerwehre erst entbrennen. Innerhalb der Einwohnerwehre gibt es eine Reihe von Unterführern, die sich aufs stärkste der Entwaffnung widersetzen. Der Führer der bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Heildi, hat die schärfsten Auseinandersetzungen mit den Einwohnerwehrlängern gehabt und konnte wenigstens bei Forstater Escherich den Widerstand überwinden. Aber der stellvertretende Landeshauptmann, Obergeometer Kanzer, scheint der eigentliche Herd des Widerstandes zu sein und es ist noch nicht sicher, ob dieser Abenteuerer nicht auch offenen Widerstand gegen die Entwaffnung zu leisten versucht.

Die Reparationskommission ist zufrieden.

Paris, 2. Mai. (L. V.) Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note: Die Bestimmungen des Artikels fünf des Bezahlungsplans vom 5. Mai 1921 über die Zahlung einer Milliarde Goldmark innerhalb 25 Tagen, sind in einwandfreier Weise ausgeführt worden. Die Reparationskommission stellt fest, daß die deutsche Regierung sich ihren Verpflichtungen in dieser Hinsicht entledigt hat und drückt ihre ganze Zufriedenheit darüber aus, daß sie schon jetzt Maßnahmen für den Rückkauf der Wechsel ergreift.

Deutschland soll die französische Mobilisierung bezahlen?

Paris, 1. Juni. In der gestrigen Nacht Sitzung der Kammer hat Finanzminister Doumer auf Anfrage erklärt, die Kosten für die Mobilisierung der Jahresklasse 1919 fielen Deutschland zu.

Ueber diese Frage hat bekanntlich nicht der französische Finanzminister, sondern der Oberste Rat oder die Reparationskommission zu entscheiden. Maßgebend für ihre Entscheidung wird die Tatsache sein müssen, daß Frankreich auf eigene Faust mobilisiert hat und daß es auch nach der Annahme des Ultimatums nur zögernd mit dem Abbau der Mobilisierung begonnen hat, der auch heute noch nicht beendet ist.

Abbau der Kriegsvorbereitungen.

Paris, 1. Juni. Seit Parisien kündigt an, daß die Kavalleriedivision, die im Hinblick auf die mögliche Besetzung des Ruhrgebiets nach dem Rheinland beordert wurde, nach Frankreich zurückgezogen wird.

Neue englische Truppen für das Rheinland.

Paris, 1. Juni. Havas meldet: Die englische Regierung hat das französische Anerbieten, einen Teil der britischen Zone im Rheinland zu besetzen, abgelehnt. Im Laufe der nächsten Woche werden neue britische Streitkräfte nach dem Festlande abgehen, um die englische Rheinarmee zu ergänzen, die bekanntlich Truppen für Obereschlesien abgegeben hat.

Frankreich für Aufhebung der Sanktionen?

Paris, 2. Juni. (L. V.) In hiesigen politischen Kreisen nimmt man an, daß Frankreich die Aufhebung der April-Sanktionen vorschlagen wird, sobald Deutschland die für den 30. Juni geforderten Abrüstungsmaßnahmen durchgeführt hat.

Wiederaufbaubudgets.

Paris, 1. Juni. Das Einverständnis zwischen Kammer und Senat über eine Herabsetzung der Ausgaben, deren Rückzahlung Deutschland zufällt, im Betrage von 203 Millionen, die der Senat angenommen hat, ist am Mittwochabend erzielt worden. Der Budgetentwurf wurde alsdann auch vom Senat angenommen.

Brüssel, 1. Juni. In der belgischen Kammer hat der Finanzminister Theunis bei der Besprechung der Finanzlage des Staates mitgeteilt, daß der Staat den Fehlbetrag im Budget des Gouvernements Eupen und Malmedy in Höhe von 3 710 525 Frank übernommen habe.

Streik italienischer Staatsbeamten.

Rom, 1. Juni. Nach einer Stefanimeldung sind die Staatsbeamten in eine Reihe von Einzelstreiks eingetreten, da der Finanzminister die Befriedigung ihrer Gehaltsforderungen mit Rücksicht auf die Lage der Staatsfinanzen abgelehnt hat. Die Eisenbahner und gewisse Klassen anderer Beamten haben sich dem Aufruf nicht angeschlossen. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, um der Lage zu begegnen. Stillstand wird heute in Rom erwartet.

Der dritte Prozeß vor dem Reichsgericht. Der Strafantrag.

Leipzig, 1. Juni. Im Prozeß Neumann beantragte der Oberstaatsanwalt gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von insgesamt 1 Jahr 6 Monate.

Das Urteil.

Das Urteil wurde heute mittags 12 Uhr gefällt. Es lautete wegen Mißhandlung in 12 Fällen und Beleidigung auf sechs Monate Gefängnis und teilweiser Tragung der Kosten. Angerechnet wurden 4 Monate Untersuchungshaft. In den andern Fällen wird der Angeklagte freigesprochen.

Der alte Kurs.

Nach der geräuschvollen Aufmachung, die von der Presse der neuen Koalitionsparteien inszeniert wurde, um den Auserwählten ihres Herzens in ein günstiges Licht zu rücken und ihn als den kommenden Mann mit den neuen politischen und organisatorischen Ideen anzupreisen, bedeutet die Programmrede, die Reichskanzler Wirth gestern vor dem Reichstag abgegeben hat, eine schwere Enttäuschung — freilich nur für den, den die Ereignisse seit der Revolution von der Illusion noch nicht heilen konnten, daß der Aufbau der neuen Gesellschaft im Bunde mit dem Bürgertum vorgenommen werden könnte. Die Programmrede Wirths war eine echte deutsche Ministerrede. Nicht die schlechteste, aber die Ansprüche an Ministerreden sind in Deutschland nicht groß. Sie brachte all das, was man von einer Ministerrede im neuen Deutschland, das im Grunde genommen das alte geblieben ist, erwarten mußte: den völligen Mangel an großzügigen, konstruktiven Gedanken, das Fehlen jeglicher Spur des neuen Geistes, der uns mit so großem Lärm und wichtigthuender Gebärde angekündigt worden war. Die Rede Wirths hat den schlagenden Beweis dafür erbracht, daß die untergehende Bourgeoisie selbst in den fähigsten Köpfen nicht mehr fähig ist, neue Gedanken zu fassen und an der Arbeit für einen neuen Aufbau der aus den Fugen gegangenen Gesellschaft mitzuwirken. Sie ist zu nichts anderem mehr fähig, als jäh am Alten und ihrer Herrschaft über das Alte festzuhalten und es mit Zähnen und Klauen zu verteidigen.

Daß die Bourgeoisie mit Unterstützung der sozialverräterischen Rechtssozialisten — gerade jetzt erweist diese alte Bezeichnung sich als besonders zutreffend — in Wirth einen würdigen Verteidiger ihrer Nachpostion fand, ging aus jedem Wort seiner Rede hervor, aus seinem politischen Programm nicht minder, wie aus seinem wirtschaftlichen.

Das politische Programm der neuen Regierung unterscheidet sich nicht im geringsten von dem seiner Vorgänger. Wie dieses läßt es sich in die Worte zusammenfassen: wohlwollende Nachgiebigkeit gegen rechts und scharfes Auftreten gegen links. Die Annahme des Ultimatums, zu dessen Durchführung die neue Regierung gewählt wurde, hat ihr die Pflicht auferlegt, die Reaktion zu enttarnen. Was Wirth darüber sagte, war das verhäßte Eingeständnis, daß er dieser Aufgabe ebensowenig gewachsen ist wie seine Vorgänger. Er hat sich nicht einmal zu einem energischen Schritt bei der bayerischen Regierung aufraffen können, er hat, wenn er auch durch das Entente-Ultimatum gezwungen war, das bayerische Heer der Reaktion in die Lüste der aufzulösenden Organisationen aufzunehmen, doch den „Standpunkt“ der bayerischen Regierung den Allierten mit der Bitte um Nachprüfung vorgelegt, und er hat nicht die geringste Andeutung darüber gemacht, wie er sich die Lösung der ungeheuer schwierigen Aufgabe, ein Heer von dreihunderttausend Mann zu enttarnen und aufzulösen, vorstelle.

Aber nicht nur das, er hat auch die neuesten Heldentaten der bayerischen Orgeschichte durch sein Stillschweigen gebilligt, indem er nicht ein Wort zur Beurteilung ihres oberösterreichischen Festzuges fand. Oder will er etwa uns und der Welt weismachen, daß mit der offiziellen Schließung der oberösterreichischen Grenze der Festzug beendet sei? Weiß Herr Dr. Wirth nichts davon, daß die bayerischen Kämpen, nachdem ihnen die Regierung des Freistaates Sachsen durch ihr energisches Eingreifen den Durchzug durch Sachsen unmöglich gemacht hat, nunmehr die Provinz Hinterpommern als Aufmarschgebiet benutzen?

Bei einer solchen politischen Einstellung kann es nicht weiter wundernehmen, wenn Wirth auch sonst in der oberösterreichischen Frage an der bornierten und politisch geradezu kindischen Haltung der früheren Regierung festhält. Statt die deutsche Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, sich in das Unvermeidliche, den Verlust der Gebiete mit überwiegend polnischer Mehrheit, der heute schon eine beschlossene Sache ist, zu fügen und darauf hinzuwirken, die Allierten im Sinne einer gerechten, die nationalen Ansprüche Polens sowie die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Deutschlands gleichermaßen wahren Teilung Oberschlesiens zu beeinflussen, plappert Wirth noch immer das alte Schlagwort vom ungetroffenen Oberschlesien nach, mit dem er keinen Hund mehr hinterm Ofen hervorlockt.

Ebenso eindeutig wie seine Schweigsamkeit gegenüber den Heldentaten der Reaktion war seine Einfältigkeit in der die Arbeiterklasse so bewegenden Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Ausnahmegerichte. Er vermochte der geschichtlichen Attende der Kommunisten, die ihn an allen möglichen und unmöglichen Stellen seiner Rede mit der Forderung der Amnestierung der von den ungeschlichen Ausnahmegerichten Verurteilten überfiele, nicht ein Wort entgegenzusetzen. Das einzige, wozu er sich gnädig herbeiließ, war das vage Versprechen, der Ausnahmezustand „möglichst schnell abzubauen“. Und in einer solchen Regierung, die für die bescheidensten politischen Forderungen der Arbeiterschaft, die Wiederherstellung des Rechtszustandes